

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2012

Nr. 11 · 8. Jahrgang

## Eine „Havelspanne“ könnte entlasten

Unerträglicher Stau oder „stopp and go“ in der Zeppelinstraße: Die Belastung der Straße ist unverändert hoch - vor allem zwischen Kastanienallee und Luisenplatz regelrecht grenzwertig. Welche Lösungswege gibt es aus diesem Problem? Neu und gut ist, dass endlich Aufzüge für den Bahnhof Charlottenhof gebaut werden so-

wie ab Dezember zu den Spitzenzeiten ein paar Zughalte dort mehr erfolgen, wofür sich DIE LINKE seit langem engagiert. Das ist sehr wichtig, aber es ist erst ein zarter Anfang für einen vernünftigen ganztägigen Taktanschluss dieses Bahnhofs nach Berlin, der den Straßenverkehr etwas entlasten könnte.

Die Stadtfraktion DIE LINKE ist sich einig, dass eine verlängerte ISES das Verkehrsproblem nicht lösen kann, eher verschärfen würde. Deshalb kommt der sachlichen Prüfung der Option „Havelspanne“ über den Templiner See eine große Bedeutung zu, um wenigstens einen Teil des unvermeidlichen KFZ-Verkehrs um den Zentrumsbereich herum auf die andere Havelseite zu führen! Viele Einwohner in Potsdam-West und Eiche sind darin einer Meinung.

Eine Ausdehnung des Verkehrs der Fähre Kiewitt – Hermannswerder in den Abendstunden kann auch etwas Entlastung bringen. Und die Radfahrer kann man nur um Verständnis bitten, dass in diesem Bereich nur eine Belagverbesserung der bisher genutzten Wege möglich ist. Der Stadtverordnete Ralf Jäkel zur Gesamtproblematik: „Ich kämpfe weiter für eine Stärkung des Bahnverkehrs und eine flüssige Verkehrsabwicklung der KFZ, damit die Belastungen der Anwohner an der Straße und in den umliegenden Wohngebieten erträglich bleiben und Staus vermieden – wenigstens abgebaut werden.“



## In dieser Ausgabe

### LINKS INFORMIERT

**3** Norbert Müller (Foto), Bewerber um das Direktmandat im Wahlkreis 61: "Wir



kämpfen für die Interessen der Leute - gute Arbeit, hohe Löhne, sichere Renten, friedliche Zukunft in einer ökologisch intakten Welt"

### SCHWERPUNKT: POTSDAM-WEST/ WESTLICHE ORTSTEILE

**6-8** Wahlen in den Ortsverbänden Potsdam-West und Westliche Ortsteile/Stromtrasse Marquardt/Aktuelles von der Uni Potsdam/Lindstedter Straße und Schöpferwerk Grube

### LINKS IM LAND

**9** Interview mit Minister Marquardt: "Rot-rot ist gut für's Land"

### FORUM LINKS

**10** Mitgliederversammlungen in Mitte und Stern-Kirchsteigfeld-Drewitz/"Potsdamer Schulen präsentieren sich

## DIE LINKE unterstützte Protest der Flüchtlinge

Der Flüchtlings-Protestmarsch durch Deutschland hatte nach mehr als 600 Kilometern zu Fuß sein Ziel Berlin erreicht: Rund 70 Menschen aus verschiedenen Ländern, darunter dem Iran, Afghanistan und Ghana, überquerten am 5. Oktober 2012 die frühere innerdeutsche Grenze an der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und Berlin.

Mit dem knapp vierwöchigen Fußmarsch durch sechs Bundesländer wollten die Asylbewerber gegen Einschränkungen wie die Residenzpflicht, Arbeitsverbote, das Asylbewerberleistungsgesetz und die Unterbringung in Wohnheimen und lagerähnlichen Einrichtungen demonstrieren. In Würzburg hatten Flüchtlinge in den zurückliegenden Monaten bereits mehrfach unter anderem mit Hungerstreiks und zugenähten Lippen gegen ihre Lebensbedingungen protestiert.

Am 8. September 2012 waren die Asylsuchenden in Würzburg losmarschiert. „Ich möchte meine Anerkennung für den Mut der Leute zum Ausdruck bringen“, begründete LINKE-Kreisvorsitzender Sascha Krämer seine Teilnahme an der Demo am 5. Oktober in



Potsdam. Der auf rund 400 Menschen angewachsene Zug war an diesem Tage durch Potsdam gezogen. Die Aktion in der Brandenburger Landeshauptstadt wurde vom Flüchtlingsrat Brandenburg und dem Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ begleitet. Dies sollte vor allem auch ein Zeichen gegen eine zeit-

gleich angemeldete Kundgebung der rechtsextremen NPD sein, zu der nur zehn Personen erschienen.

Rot-Rot in Brandenburg hat die landesweite Aufhebung der Residenzpflicht im Koalitionsvertrag verankert - hat dies umgesetzt und damit bundesweit ein Zeichen gesetzt.

## Informationen der Redaktion

Die Redaktionssitzung für die Dezember-Ausgabe der „PaS“ findet am Dienstag, 30. Oktober, ab 16.30 Uhr in der Geschäftsstelle in der Dortustraße 53 statt. Inhaltlicher Schwerpunkt liegt im Dezember in den Wohngebieten Waldstadt/Schlaatz. Redaktionsschluss ist am Sonnabend, 17.11.2012. Die Zeitung ist dann ab dem 4. Dezember 2012 in der Geschäftsstelle abzuholen.

## Projekt „Arbeitsgesetzbuch“ auf dem 69. Deutschen Juristentag in München

Prof. Henssler, Präsident des Deutschen Juristentages, beschrieb in seinem Grußwort die Bedeutung dieses wichtigen juristischen Gremiums wie folgt: „Auf der Grundlage wissenschaftlicher Gutachten und Referate diskutieren Juristinnen und Juristen aller Berufsgruppen und Fachrichtungen den Weg zu einem besseren Recht und fassen in Abstimmungen viel beachtete Beschlüsse. Der Deutsche Juristentag ist als unabhängiges Forum von breiter Sachkunde in der Politik bekannt und anerkannt...“.

Umso bedeutsamer war das auf Initiative der Bundestagsfraktion DIE LINKE auf diesem Forum vorgestellte, gemeinsam mit

der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitete Projekt des Entwurfes für ein Gesetz zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis.

In einer offenen, konstruktiven Atmosphäre begrüßten die Teilnehmer der Gesprächsrunde, hier vor allem auch der Präsident des Deutschen Juristentages, übrigens einer der Mitautoren des Arbeitsvertragsgesetzentwurfes der Bertelsmann-Stiftung, den Entwurf der LINKEN als entscheidende Anregung, ein in sich geschlossenes, übersichtliches und die Arbeitnehmer schützendes Arbeitsrecht zu schaffen.

Es wurde hervorgehoben, dass sich gerade

aus der Bedeutung des Arbeitsrechts für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und seiner besonderen Rolle bei der Erhaltung des Sozialstaates ein politischer Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerkes ergibt.

Mit der Vorlage des vorgestellten Entwurfes eines Arbeitsvertragsgesetzes beginnt die Partei DIE LINKE diesen politischen Auftrag zu erfüllen.

Dr. Steffen Hultsch  
Gesprächskreis Arbeitsgesetzbuch  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Mail: [agb.hultsch@web.de](mailto:agb.hultsch@web.de)

## DIE LINKE-Fraktion mit starkem Block in Berlin

Mehr als 5000 Menschen haben am Sonnabend, 29. September, im Herzen der Hauptstadt Berlin laut gesagt und deutlich gezeigt: Es ist Zeit, überbordenden Reichtum einerseits und die beängstigend zuneh-

mende Verarmung andererseits in unserer Gesellschaft zu stoppen. Die Forderung hieß, wie in 40 weiteren Städten Deutschlands: „UMfairTEILEN - Reichtum besteuern!“

Zuversichtlich, mit deutlicher Botschaft und vielen TeilnehmerInnen: Das war der starke Brandenburger Block auf der Massen-Demonstration UMfairTEILEN in Berlin. Hinter dem Banner der Fraktion mit der Forderung nach der sofortigen Einführung der Vermögenssteuer hatten sich unter anderem der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Thomas Domres, der arbeitsmarktpolitische Sprecher Dr. Andreas Bernig, Sozialpolitik-Expertin Birgit Wöllert und der kultur- und sportpolitische Sprecher Dieter Groß formiert. Sie warben für eine der wichtigsten Forderungen unserer Zeit: Gerechtigkeit. Zu den vielen GenossInnen und BürgerInnen aus ganz Brandenburg, die unsere Formation aktiv verstärkten, gehörten auch der stellvertretende Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Finanzminister Dr. Helmuth Markov, und Finanzstaatssekretärin Daniela Trochowski sowie Bundestagsabgeordneter Thomas Nord (alle DIE LINKE).

Ein großes „Dankeschön!“ an alle, die ihren freien Sonnabend der gerechten Sache gewidmet haben. Es bleibt dabei: Wir arbeiten mit ganzer Kraft für ein sozialeres Brandenburg in einem solidarischeren Deutschland - im Parlament und auf der Straße!



## Wille und Mut der Bundesregierung fehlen!

Zum Tag der Einheit, am 3. Oktober 2012, erklärte der Fraktionsvorsitzende Christian Görke:

Die Bundesregierung zelebrierte wieder ihre zentrale Feier zum Tag der Deutschen Einheit. Dieses Mal in der bayerischen Landeshauptstadt München – zeitgleich mit dem Oktoberfest. Wie passend – denn das Maß ist voll! Das Renten-Wahlversprechen wurde in der Woche davor ohne Scham ganz offiziell gebrochen. Der Ostbeauftragte Christoph Bergner teilte lapidar mit, dass

es bis zur Bundestagswahl 2013 keine Rentenangleichung Ost an West geben wird. Abgesehen davon, dass ein Ostbeauftragter, der sich nicht um den Osten kümmert, überflüssig ist, sind Sonntagsreden von der Einheit eine Farce, solange so gravierende Differenzen im Leben der Menschen politisch gewollt und sanktioniert sind.

Denn die Rentenangleichung Ost an West ist nach 21 Jahren längst überfällig. DIE LINKE fordert seit langem eine stufenweise Angleichung an das Westniveau

innerhalb der nächsten fünf Jahre. Andernfalls bleibt es dabei, dass ein Ostdeutscher mit einem durchschnittlichen Verdienst nach 45 Arbeitsjahren 142 Euro weniger bekommt.

DIE LINKE fordert deshalb, dass die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen gemacht wird, in die alle Erwerbstätigen einzahlen - einschließlich Beamte und Selbstständige. Ziel muss es außerdem sein, eine steuerfinanzierte, solidarische Mindestrente einzuführen.

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.  
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; Sascha Krämer, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.  
REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout; Jens Hörnig, Reisen, Service; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: [pas.redaktion@gmx.net](mailto:pas.redaktion@gmx.net);  
ANZEIGEN: Sekretariat.  
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00  
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.  
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, FfH (S. 1), 11 BS (S. 7)  
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.



# Für die Interessen der Mehrheit der Menschen

Im Gespräch: Norbert Müller, bewirbt sich um das Direktmandat im Wahlkreis 61

## Welchen Stellenwert haben die Bundestagswahlen 2013 für dich?

Die Bundestagswahlen 2013 werden Schicksalswahlen für uns. Nicht, weil es einen bedeutenden Unterschied macht, ob eine „große Koalition“, Rot-Grün oder Schwarz-Gelb regiert. Diese Parteien sind sich in allen zentralen sozial- und friedenspolitischen Fragen einig. Es macht aber einen Unterschied, ob sie in ihrer Einigkeit von einer starken LINKEN gestört werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre heute, ohne die LINKE, kaum in der öffentlichen Debatte, statt über Altersarmut würde weiter über die Anhebung der Lebensarbeitszeit und eine weitere Privatisierung der Rente diskutiert und bei der ökologischen Wende würden nur die Interessen der Konzerne beachtet werden. Überall hat DIE LINKE gewirkt, gesellschaftliche Debatten beeinflusst, die Soziale Frage auf die Agenda gesetzt und diese erfolgreich mit der ökologischen Frage verbunden. Verliert DIE LINKE an bundesweiter Bedeutung, wird all dies aus der öffentlichen Diskussion verschwinden und die Politik wieder hemmungsloser nach Rechts ziehen. Ein Misserfolg der LINKEN würde in den Vorstandsebenen der Banken und Konzerne die Champagnerkorken knallen lassen.

## Welchen Beitrag willst du leisten, dass DIE LINKE als bundesweites Projekt erfolgreich bleibt?

Es gibt nur wenige Orte in Deutschland wie das Berliner Umland, wo sich die Wiedervereinigung in der Bevölkerungsstruktur so deutlich niederschlägt. Dennoch ist DIE LINKE hier eine erfolgreiche Partei: Uns wählen von Prekarisierung Betroffene in den Neubauvierteln genauso, wie zugezogene junge Familien in Babelsberg, Potsdam-West, Teltow oder Kleinmachnow. Das liegt daran, dass DIE LINKE die wichtigen

sozialpolitischen Fragen aufgreift: Wie kommen wir zu bezahlbarem Wohnraum? Was muss getan werden, um mehr Kita-Plätze, mehr Schulplätze und soziale Infrastruktur zu schaffen? Wie können im Sinne sozialer Kommunen alle Orte und Stadtteile lebenswert bleiben oder lebenswerter werden? Wie halten wir die vielen Studierenden in der Stadt, die ein riesiger Schatz an intellektuellem Potential bieten? Kurz: Wie erhalten wir die Öffentliche Daseinsvorsorge?

SPD, CDU, Grüne und FDP haben auf diese Fragen keine überzeugenden Antworten. Ihre Bundesparteien sind verantwortlich für die häufig prekäre finanzielle Lage der Kommunen, sie sind verantwortlich dafür, dass es weder sozialen Wohnungsbau noch ausreichende Bundesmittel für eine Entwicklung der Kitas gibt. Sie alle haben dem Kooperationsverbot in der Hochschulpolitik zugestimmt, das insbesondere die finanziell schwachen Bundesländern mit der Hochschulfinanzierung alleine lässt.

## Eine kleine Tageszeitung in Potsdam hat dich als „Kommunist“ eingeordnet, der „den Kapitalismus abschaffen“ will. Damit sollst du doch wohl als „gefährlich“ eingestuft und vielleicht sogar irgendwelche Angst geschürt werden?

Mit mir gäbe es nun offenbar zum Bedauern der politischen Konkurrenz einen Kandidaten, dem man keine Seite seiner DDR-Vergangenheit mehr vorhalten kann. Offenbar wird nun versucht, mich anhand meiner politischen Überzeugungen an den Rand der Gesellschaft zu schieben, indem man eine vermeintliche „Mitte der Gesellschaft“ konstruiert, in der für Linke kein Platz zu sein hat. Wir kämpfen aber im Bundestag wie in den Kommunen für die Interessen der Mehrheit der Menschen: Gute Arbeit, hohe Löhne, sichere Renten, friedliche Zukunft in einer ökologisch intakten Welt. Wenn die Interessen der Mehrheit sich durchsetzen, nennt man dies Demokratie. Das Konstrukt der „guten Mitte“ und des bösen „linken Randes“ ist also eine politische Inszenierung, um von unseren



Positionen abzulenken. Das zentrale Thema 2013 wird die Krise des Euro werden. Wir werden im Bundestagswahlkampf deutlich machen, dass die Bankenrettungs- und Schuldenbremsenpolitik der anderen vier Bundestagsparteien zu Lasten von abhängig Beschäftigten, KleinunternehmerInnen und Erwerbslosen gehen wird. Wir werden die Soziale Frage stellen, die zwangsläufig auch mit der ökologischen und demokratischen Frage verknüpft ist. In wenigen Orten prallen die Armut von Kindern und der Reichtum von selbstgefälligen Mäzenen so aufeinander wie in unserem Wahlkreis. Deswegen wollen wir zeigen, dass es nicht den Interessen der Mehrheit entspricht, wenn Wenige hier ein Leben im Luxus führen, das andere für sie verdient haben und gleichzeitig viele sich kaum die eigene Miete mehr leisten können.

## Das sind Fragen, die die Mehrheit der Menschen bewegen. Nun müssen diese Inhalte noch an den Mann/Frau gebracht werden...

Entscheidend wird sein, wie wir unsere Ziele und Argumente im Wahlkampf rüber bringen. Und ich werde einen Wahlkampf bestreiten, der nicht von den Eitelkeiten etablierter KandidatInnen lebt, sondern in dem offen SPD, CDU, Grüne und FDP mit ihrer Politik und den Folgen dieser konfrontiert werden. Wir müssen Themen setzen und in die Öffentlichkeit bringen, mit denen wir politische Angebote für die Mehrheit der hier lebenden Menschen machen. All dies wird ohne die GenossInnen an der Basis unserer Partei nicht gehen. Deswegen baue ich auch auf engagierte Hilfe vieler MitstreiterInnen im Wahlkampf 2013. Und im Moment hoffe ich darauf, dass mich die GenossInnen in Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming am 15. Dezember für das Direktmandat nominieren.

## Regional-konferenz DIE LINKE

Am 1. November ab 18.00 Uhr im Treffpunkt Freizeit

Die Regionalkonferenz soll über aktuelle Projekte der Landesregierung und der linken Landtagsfraktion informieren und den Austausch der Meinungen und Erfahrungen aus den Kreisen an die Landesregierung und die Fraktion fördern. Die Regionalkonferenzen mit den linken Ministern geht inzwischen in die vierte Runde. Wir sind nicht nur dazu da, zu erklären, wir wollen auch Anregungen mitnehmen. Potsdam ist weit weg und die Minister wissen nicht immer über alle Probleme vor Ort Bescheid. Darum kommt zahlreich, fragt nach, gebt Hinweise, äußert Lob und Kritik und informiert die Politik.

Die geplante Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden des gastgebenden Kreises 2. Kurzes Statement der anwesenden Regierungsmitglieder 3. Kurzes Statement des Fraktionsvorsitzenden Christian Görke 4. Diskussion und Erfahrungsaustausch mit anwesenden Regierungs- und Fraktionsmitgliedern 5. Auswertung der Diskussionen im Plenum

Beginn ist um 18.00 Uhr, das Ende der Konferenz ist nach drei Stunden geplant. Für eine Versorgung mit Getränken und kleinen Speisen ist gesorgt. Solltet es bereits schon Fragen, Ideen oder Hinweise geben, die eine entsprechende Vorbereitung bedürfen, so können diese an die Landesgeschäftsstelle per E-Mail gesendet werden.

### VORMERKEN:

## Kreisparteitag DIE LINKE.Potsdam

Am Sonnabend,  
24. November 2012,  
Humboldtgymsium



**November 1842**

## Offiziere bringen „Weihnachtsfreuden“

Eine Witwe mit sieben Kindern dankt am 30. November 1842 im „Wochenblatt“ den „hochgeehrten Offizieren des Gardehusarenregiments“ für eine reiche Spende, die gelegentlich eines Mahls in der Restauration der Eisenbahnhalle gesammelt worden war, „da durch dies Geschenk

die lange entbehrten mütterlichen Freuden des heiligen Weihnachtsfestes ihr wieder einmal teilhaftig werden können“ -rt



**November 1922**

## Lenin mitstenografiert

Die Potsdamer antifaschistische Widerstandskämpferin Anna Bachmann (1894 – 1977) stenographierte am 13. November 1922 auf dem IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau Lenins Rede „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“ mit.

## DEFA-Aktiengesellschaft mit Sonderausschuss

**November 1947**



Am 3. November 1947 wird der Vertrag zur Bildung der DEFA-Aktiengesellschaft zwischen der sowjetischen und der deutschen Seite unterzeichnet. Ein Zusatzvertrag hat folgenden Wortlaut: „Beim Zentralsekretariat der SED ist ein Sonderausschuss gebildet worden, der ein internes Organ für die DEFA wird. Diesem Ausschuss werden die Produktionsplanung und die einzelnen Produktionsvorhaben vorgelegt, die Filme in Rohfassung (Rohschnitt) und Endfassung vorgeführt werden, soweit sie für Deutschland bestimmt sind. Die ver-

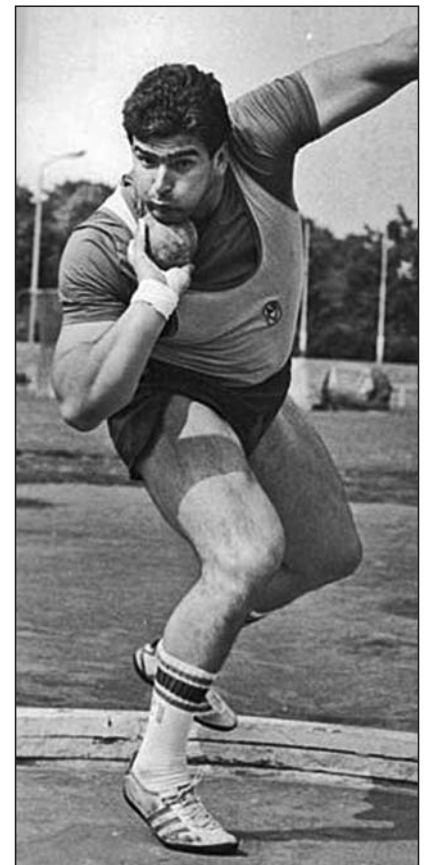
tragsschließenden Seiten sind sich darüber einig, daß die Entscheidungen dieses Ausschusses als maßgeblich für die ideologische Arbeit von Vorstand und Aufsichtsrat anerkannt werden. Die Personalpolitik der DEFA wird in Übereinstimmung mit der Personalpolitischen Abteilung beim Zentralsekretariat der SED durchgeführt werden. Dieses Sonderabkommen ist ein Teil des Gründungsvertrages. Es kann nicht durch Beschlüsse der Hauptversammlung des Aufsichtsrates und des Vorstandes geändert werden.“

**November 1952**

## Wohnung für DDR-Rudermeister

Das Aufbaukomitee Potsdam vergibt am 7. November 1952 gemeinsam mit Vertretern der Betriebe und der Nationalen Front vier Wohnungen an die Betriebe, die die besten Ergebnisse bei der Enttrümmerung Potsdams erreicht haben; die Friedhofsverwaltung, das

Staatliche Vertragskontor und der Konsumgenossenschaftsverband Potsdam sowie der DDR-Meister im Rudern der Jahre 1951, 1953 und 1954, Wilfried Raddatz, der allein über 200 Aufbauschichten leistete, kommen in den Genuss.



**November 1977**

## Letzter Brief von Maxi Wander

Die österreichische Schriftstellerin Maxi Wander, die von 1958 an in Kleinmachnow lebte, erkrankte 1976 an Krebs. Am 11. November 1977 schrieb sie aus dem Bezirkskrankenhaus Potsdam ihren letzten Brief an die Familie Hermann und Lisette Draer in Paris; darin heißt es u.a.: „Manchmal glaube ich nicht

mehr daran, dass ich wieder gesund werde. Die Ärzte werden seit vielen Wochen mit dem Fieber nicht fertig. Große Schwäche, Schmerzen, Übelkeit - nichts wird besser. Trotzdem darf ich morgen für einige Tage nach Hause.“

**November 1982**

## Sportler des Jahres geehrt

Zum Sportlerball in der HO-Gaststätte „Zum Kahlberg“; in Anwesenheit von Ulrich Schlaak, 2. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam der SED, werden am 20. November 1982 die „Sportler des Jahres“ des Bezirkes Potsdam, hervorgegangen aus einer Umfrage in der „Märkischen Volksstimme“, geehrt; es sind die Kanutin Birgit Fischer mit 13.790 Stimmen; der Kugelstoßer Udo Beyer (Foto) mit 15.461 Stim-

men und die Ruderer der SG Dynamo Potsdam 13.850 Stimmen. Die Fußballerinnen der BSG Turbine Potsdam unterliegen bei den Mannschaften nur knapp mit 12.499 Stimmen.



## Linke Stadtentwicklung und „Heuschrecken“

Vorweg: Die nachfolgenden Zeilen erheben nicht den Anspruch, einen fachpolitischen Beitrag zur Frage „Was ist linke Stadtentwicklungspolitik?“ zu leisten. Nein, es geht um einen Disput, der in der Stadtverordnetenversammlung ausgetragen wurde.

Der Oberbürgermeister sollte von der Rathauskooperation beauftragt werden, „zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen das Grundstück Mercure-Hotel nebst aufstehendem Gebäude durch die Landeshauptstadt Potsdam oder eines ihrer Tochterunternehmen erworben werden und mit dem Ziel der Wiedergewinnung des historischen Stadtgrundrisses unter Anpassung der Sanierungsziele für den Hotelstandort einer städtebaulichen Entwicklung zugeführt werden kann.“

Nun, es hätte auch kürzer formuliert werden können. Nämlich: Wo finden wir – wenn schon nicht in den eigenen Reihen – den Willigen und – insbesondere – den finanziellen Betrag, das Hotel abzureißen?

Eigenes Geld – also Stadtgeld – soll und kann nicht eingesetzt werden. Also versucht man es auf die Art, wie Luther es schon beschrieben hat: „Auf fremdem Arsch

ist gut durchs Feuer zu reiten.“ Und weil das so deutlich angesprochen wurde, war die Reaktion der Ertrappten darauf auch mehr als heftig. Der Baubeigeordnete mit der „roten Fahne“ voran: „Linke Stadtentwicklungspolitik und aktive Kapitalismuskritik wäre...vom Oberbürgermeister zu fordern, dass er Vorschläge macht, wie einer ‚Heuschrecke‘ dieses Grundstück wieder abgejagt werden könnte.“ Um das Hotel dann abreißen zu können? – Welch ein Unsinn!

Also linke Stadtentwicklungspolitik müsste sich demnach danach richten, wie die Eigentumsverhältnisse sind, wenn es um Grundstücke und um's Bauen geht. Und die LINKEN müssten endlich begreifen, dass es nicht um die Verteidigung eines städtebaulichen Reliktes gehen kann

und das Hotel eine Fehlnutzung dieses zentralen öffentlichen Ortes (Lustgarten) darstellt.

Na ja, „Heuschrecken“ kommen immer von außen – oder ist der, der das Haus Dietz abreißen lässt, und einen Viergeschosser (mit wohlwollender Begleitung der Bauverwaltung) errichten will auch dieser Gattung zugehörig?

Bei einem Stadtrundgang mit Stadtentwicklern und –planern wiederholt Herr Klipp seine Geschichte von der „Heuschrecke“, die von den LINKEN verteidigt wird und fügt dann noch erklärend hinzu, dass es zu DDR-Zeiten halt eine hohe Dichte an systemtreuen Eliten in Potsdam gegeben habe. Das habe die Stadt bis heute geprägt.

Übrigens: Bei diesem Rundgang favorisiert Klipp erneut den Abriss des Hotels. Eine Teilnehmerin macht ihn darauf aufmerksam, dass doch damit dann auch „Geschichte verschwindet.“ Worauf ihr Klipp entgegnet haben soll, dass es eine Frage sei, ob das Hotel bewahrenswert sei. Die nachgeschobene Frage, was bewahrenswert sei, ficht Klipp nicht an. Wer schon? – es kommt doch nur darauf an, wer das Sagen hat. *-roku*



## Na bitte! Geht doch!

### Der Uferweg an der Speicherstadt kann doch gebaut werden

Mit dem Antrag vom August 2012 hat DIE LINKE zum wiederholten Male den Uferweg an der Speicherstadt auf die Tagesordnung gerufen. Die Situation hatte sich im Sommer geändert: Die Landesregierung hatte Bedenken zum Bau des Uferweges auf dem Grundstück der EWP in der Speicherstadt wegen der Wahrung der Belange des Trinkwasserschutzes geltend gemacht und der Speicher auf dem Grundstück der Fa. Groth wurde abgerissen. Letzteres eröffnete die Möglichkeit, über eine Führung des Uferweges direkt am Wasser nachzudenken.

Es gab wiederum viele Bedenken, der

OB hatte den Uferweg offenbar schon abgeschrieben, die im Haushalt eingestellten Mittel waren bereits umgelenkt worden.

Nun liegt eine Studie des Landesumweltamtes vor, die attestiert, dass der Bau des Uferweges auf dem Gelände des ehemaligen Wasserwerkes die Qualität des Trinkwassers nicht gefährdet. Jetzt liegt es in der Hand der Verwaltung, den Weg für den Bau des Uferweges zu ebnet. Und: Die Finanzierung muss gesichert werden, und zwar vor 2015, denn dann beginnt erst die neue Förderperiode.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass

die erforderlichen 600.000 EURO in den städtischen Haushalt 2012/13 aufgenommen werden.

Die Verwaltung allerdings präferiert die Finanzierung aus dem Förderprogramm „Regionale Wachstumskerne“, das ab 2015 greifen würde.

Fazit: Hätte sich DIE LINKE nicht so vehement für den Uferweg eingesetzt, sich dem Widerstand aus Stadt und Land gebeugt, wäre der Uferweg für immer begraben gewesen, noch bevor er entstehen konnte. Totgeglaubte leben eben doch länger!

*-sm*

## Grillen für die Suppenküche

Bereits zum zweiten Mal grillten auf Einladung des Landtagsabgeordneten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE), er und der Potsdamer Oberbürgermeister, Jann Jakobs (SPD), am 14. September 2012 für die Besucher des Sozialen Zentrums der Volkssolidarität auf dem Gelände der Stadtverwaltung. Nach dem alleinigen Auftakt durch Dr. Scharfenberg im Jahr 2010, wollen beide Politiker diese mittlerweile zur Tradition gewordenen Aktion auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Eine gelungene Überraschung während der Grillstunde war die Verleihung des Ordens „Sozialer Grillmeister“ an Scharfenberg und Jakobs durch Jörg Jutzi, Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle der Volkssolidarität Land Brandenburg e. V.



## Schluss mit Grundstücksverkäufen zur Haushaltskonsolidierung

Die GEWOBA hat auf der vergangenen Aufsichtsratssitzung besprochen, die Häuser des Wohnblocks „Heidesiedlung“ in der Babelsberger Großbeerstraße zu verkaufen. Dies betrifft 90 Wohnungen, die zum großen Teil von finanzschwachen Menschen bewohnt werden. Die GEWOBA hat den „sozialen Status“ der Bewohner erfragt, um zu ermitteln, ob sich eine Sanierung lohne. Im Umkehrschluss kann dies nur bedeuten, dass wenn die Betroffenen nicht liquid genug sind, sich nur der Verkauf lohnt. Dann würden die Menschen in Ausweichwohnungen ziehen müssen, und wieder wäre sozial verträglicher Wohnraum vernichtet. Dieses marktorientierte Denken kann die LINKE nicht dulden. Seit etlichen Jahren gibt es für die Mieten in Potsdam nur eine Richtung. Steil nach oben. Wir fordern eine klare Orientierung des Rathauses und der städtischen GEWOBA zum Wandel. Weg von der maximalen Wertabschöpfung, hin zu sozial verträglichen Mieten. Dazu gehört, dass die Stadt den kommunalen Besitz in den eigenen Händen belässt, um überhaupt noch politisch Einfluss auf die Mietpreisentwicklung in Potsdam nehmen zu können. Abgesehen von Alledem. Der Verkauf würde voraussichtlich eine seit etlichen Jahren gewachsene Gemeinschaft zerreißen und damit ein großes Stück gelebten Kiezes. Die „Heidesiedlung“ Am Findling ist bereits ein sehr seltenes Kleinod in Babelsberg.

*Michél Berlin*  
OV-Vorstandsmitglied Babelsberg/  
Zentrum Ost

## Klipp und DIE LINKE – zum Zweiten!

Nicht genug damit, dass der Baubeigeordnete meint, der LINKEN erst mal beibringen zu müssen, was linke Stadtentwicklungspolitik wirklich zu sein hat, betätigt er sich auch noch als Orakel und tut vor deutschen und italienischen Stadtplanern kund, dass das zur Zeit noch beträchtliche Wählerpotential der LINKEN zusehends schrumpft. Grund, so der weise Beigeordnete: Das Problem „LINKE“ erledigt sich biologisch. Unser Tipp: Träumen Sie ruhig weiter, Herr Klipp! Aber müssen Sie alles raus saunen, was Sie so träumen??? *-sm*



## Ortsverband Westliche Ortsteile diskutierte Rentenkonzept und wählte Vorstand

Um die Bundestagswahlen 2013 ging es bei der Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbands DIE LINKE Westliche Ortsteile am 2. Oktober. Ausnahmsweise waren die 32 Mitglieder nicht nach Eiche, sondern in die Geschäftsstelle in die Dortustraße 53 geladen.

Der Stadtverordneten Karin Schröter gelang das Kunststück, linke Politikangebote auf Bundesebene im Überblick darzustellen. Lebhaft debattierten die Genossen über das Rentenkonzept der SPD, die das Rentenniveau auf 43 Prozent absenken will und mit der CDU den Renteneintritt erst mit 67 Jahren beschlossen hat. Als Alternative zur vorprogrammierten massenhaften Altersarmut sei ein alternatives linkes Rentenkonzept dringend nötig. Dieses soll ab sofort online und bei Veranstaltungen erarbeitet und im Juni 2013 vom Parteitag beschlossen werden. Die LINKEN wollen die Rentenkürzungen zurücknehmen, die Rente ab 67 aussetzen und eine armutsfeste Mindestrente festlegen.

Der Ortsverband stellte sich auch den personellen Vorbereitungen der Bundestagswahl. Man begrüßte die Nominierung des jungen Direktkandidaten Norbert Müller, der sich besonders bei der Linksjugend solid politisch profilieren konnte. Dennoch sei zu befürchten, dass er es im Wahlkampf gegen gestandene Politpromis der CDU und SPD sehr schwer haben würde. Allerdings sei es ein mutiges Signal der LINKEN, klar auf junge Leute zu setzen. Dieser Wahlkampf, so war man sich einig, wird spannend und verlangt den Genossen an der Basis alles ab. Kein Wunder also, dass schließlich der bewährte Vorstand mit dem Vorsitzenden Harald Herzel in seinen Funktionen bestätigt wurde. Dem auscheidenden Christian Meinhardt dankte der Verband für seine langjährige Arbeit.

## LINKE in Potsdam-West für Wahlkampf gerüstet

Ortsverband Potsdam-West wählte Delegierte für Kreisparteitag/Probleme des Stadtteils weiter im Visier

Am Montag, den 08. Oktober 2012, traf sich um 18.00 Uhr der Ortsverband Potsdam-West der Potsdamer LINKEN in der Cafeteria der Sportschule Potsdam in der Zeppelinstraße 114, um seine Delegierten zum 4. Kreisparteitag am 24. November 2012 zu wählen. Neben dieser wichtigen Wahl erhielt der designierte Kandidat der LINKEN des Wahlkreises 61 zur Bundestagswahl, Norbert Müller, der auch Mitglied im Ortsverband Potsdam-West ist, die Gelegenheit, sich und seine politischen Ziele der Basis genauer vorzustellen.

Norbert Müller betonte: „Wir brauchen ein Bundesprogramm für sozialen Wohnungsbau, damit nicht nur der Abriss Ost bezahlt wird, sondern auch das Wohnen in Zuzugsgebieten wie im Berliner Umland



bezahlbar bleibt. Ich will nicht, dass Potsdam immer mehr zu einer Stadt wird, in der nur Reiche und Menschen mit hohen Einkommen leben können.“ Im OV war sich die Basis einig, zu versuchen, 2013 möglichst nah an das ausgezeichnete Wahlergebnis von 2009 heranzukommen. Norbert Müller dazu: „Das können wir schaffen, weil wir die Interessen der Mehrheit der Menschen vertreten. Wir sind die einzige Partei, die sich für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen die Rente mit 67 und für die volle Wiederherstellung der gesetzlichen Rentenversicherung, gegen Niedriglöhne und Leiharbeit und für gute Arbeit ausspricht.“

Ronny Besançon, Vorsitzender des OV Potsdam-West, sprach sich in seiner Eröffnungsrede für einen sehr kämpferischen und ambitionierten Wahlkampf aus, in dem der Bevölkerung gezeigt werden muss, wo der Unterschied zwischen den öffentlichen Verlautbarungen Andrea Wickleins (MdB/SPD) und ihrem Verhalten im Bundestag liegt. Gleichzeitig sollten aber die Kontakte mit den Untergliederungen anderer Parteien in Potsdam-West aufrecht erhalten werden. „Die Probleme des Stadtteils, zum Beispiel das Verkehrsproblem, werden wir nur gemeinsam lösen. Ich hoffe, dass die SPD Wahlkampf von Sacharbeit unterscheiden kann. Echte Wahlkämpfer können dies.“

Inhaltlich wurde die Gesamtmitgliederversammlung des OV Potsdam-West durch einen Vortrag von Daniela Trochowski, Staatssekretärin im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, zum Thema „Linke Finanzpolitik in Brandenburg seit 2009“ mit anschließender Diskussion gestaltet. Trochowski stellte anschaulich dar, dass sich linke Finanzpolitik wesentlich von der bisherigen Praxis in Brandenburg unterscheidet, auch unter dem Zwang der Haushaltskonsolidierung. DIE LINKE sorgt dafür, dass nicht nur gestrichen und eingespart wird, sondern dass auch, im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten einer Landesregierung, die Einnahmeseite erhöht wird. So wurde die Grunderwerbssteuer in Brandenburg angehoben, um die öffentlichen Kassen zu stärken. Durch die Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE in Brandenburg und vor allem durch die Besetzung des Finanzressorts wirkt DIE LINKE hinter den Kulissen in viele Bundesländer hinein. Inzwischen wird erkannt, dass DIE LINKE durchaus Haushaltskompetenz besitzt.

In der Entwicklung um den Eintritt für den Park Sanssouci bestand Trochowski weiter darauf, dass der Zugang zum Park kostenlos bleiben solle und die Finanzierung durch andere Wege, auch der Beteiligung der Stadt Potsdam, beispielsweise durch eine Tourismusabgabe, gesichert werden solle. Der Park stellt nicht nur ein Weltkulturerbe dar, sondern ist auch Naherholungsgebiet für die Anwohnerinnen und Anwohner, das für jeden zugänglich bleiben müsse.

## Stromtrasse um Marquardt!

Die durch den Ortsteil Marquardt führende Energietrasse soll erneuert werden. Der Stromkonzern Eon.edis hat dies seit Jahren angekündigt. Frühzeitig regte sich der Protest von Bürgerinnen und Bürgern auf Veranstaltungen und bei Aktionen der Bürgerinitiative in Marquardt, die diese Trasse nicht durch sondern um den Ort herum führen wollen. Nach unserer Kenntnis gibt dafür auch eine planerische und damit auch eine reale Grundlage, die Stromtrasse über diesen äußeren Weg laufen zu lassen. Zur Zeit findet dazu ein Planfeststellungsverfahren statt, das alle Vor- und Nachteile der innerörtlichen Trasse prüft. Dazu gab es über 200 Einwendungen von den betroffenen Anrainern. Der Ortsvorsteher in Marquardt, Dr. Grittner, unterstützt diese Proteste verbunden mit der Forderung, die Alternativtrasse und eine Umweltverträglichkeit zu prüfen und vorzulegen. Inzwischen hat eine nicht öffentliche Anhörung von Betroffenen stattgefunden, deren Inhalte in die Ergebnisfindung einfließen sollen.

Die LINKE hat sich von vornherein dafür stark gemacht, dass die Stadt Potsdam Alternativen favorisiert, die die direkt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner entlastet. Belastungen durch vorhandene Magnetfelder können somit ausgeschlossen



Bürgerinitiative Marquardt  
„Freileitung raus!“

und befürchtete gesundheitliche Beeinträchtigung vermieden werden.

Wenn das Unternehmen Eon.edis eine neue Trassenführung wählt, werden sich zusätzliche Kosten ergeben. Deshalb ist

an dieser Stelle der Einsatz der Stadt Potsdam und insbesondere das Engagement des Oberbürgermeisters gefragt. Über die Verbanung der Trasse aus dem Ort und über einen möglichen und einen angemessenen Kostenausgleich soll der Oberbürgermeister verhandeln - das beantragt die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung. Die SPD-Fraktion beantragt darüber hinaus, mit dem Stromkonzern einen Städtebaulichen Vertrag abzuschließen. Bislang kamen dafür keine zustimmenden Signale des Oberbürgermeisters. Die Zielstellung war parteiübergreifend im Hauptausschuss klar, nur die Wege dort hin unterscheiden sich. Die Grüne Fraktion wollte weiter abwarten und zunächst noch nicht in der Weise aktiv werden. Aber es kann sein, dass uns die Ergebnisse der Planfeststellung zu neuen Erkenntnissen führen.

Mit der Sanierung der Stromfernleitung wird eine langfristige und notwendige Investition getätigt. DIE LINKE steht dafür, dass dabei die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt werden.

Dr. Karin Schröter  
stellv. Vorsitzende der  
Fraktion DIE LINKE der SVV

## Studierende engagieren sich für Studierende

**Alexander Gayko (28, Finanzreferent, DIE LINKE.SDS) und Daniel Sittler (25, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, shine up) sind seit Jahren in der Studierendenschaft der Universität Potsdam engagiert. Über die Herausforderungen der Studierenden der Universität Potsdam im nächsten Jahr sprach mit ihnen Ronny Besançon.**

**Was als erstes hier am Neuen Palais ins Auge fällt, ist die große Anzahl sehr junger Studierender. Gibt es in diesem Jahr mehr Erstsemester als sonst?**

**D. Sittler:** Nein. Die Studierendenzahl der Uni Potsdam ist relativ konstant bei knapp über 20.000 Studierenden geblieben. Wir hatten allerdings in diesem Jahr auf 4000 Studiumsplätze 60.000 Bewerbungen zu verzeichnen. Dass die Uni Potsdam sich einer so hohen Bewerberzahl erfreut, führe ich auch auf den Verzicht des Landes Brandenburg von Studiengebühren zurück.

**Ist es für Erstsemester einfacher an der Uni Potsdam geworden?**

**A. Gayko:** Die Probleme sind anders ge-

worden, aber nicht weniger. Die Uni konnte einiges in Sachen Erreichbarkeit der Dozenten und der Überbelegung von Seminaren durch technische Hilfsmittel verbessern. Allerdings ist das konkrete Finanzproblem der Hochschulen, welches zu Personalmangel führt, nicht gelöst. Der Universität gelingt es immer noch nicht, eine ausreichende Anzahl von Betreuern für die Studierenden zur Verfügung zu stellen. Dies betrifft vor allem die Lehramtsstudiengänge.

**Worin sieht Ihr die Schwerpunkte des nächsten AstA (Allgemeiner Studierendenausschuss) im kommenden Jahr?**

**D. Sittler:** Wir werden die Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes weiterhin kritisch begleiten. Außerdem muss ein neuer Vertrag mit Nextbike ausgehandelt werden. Als dritten Punkt sehe ich die anstehende Übernahme des KUZE durch das Studentenwerk als wichtige Baustelle an. Ein weiteres Thema, an dem wir dran bleiben, ist die angespannte Wohnsituation von Studierenden in Potsdam. Auch die Studierenden der auslaufenden alten

dabei die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt werden.

Dr. Karin Schröter  
stellv. Vorsitzende der  
Fraktion DIE LINKE der SVV

Studiengänge, die unter einem enormen Druck stehen, werden von uns vor allem juristisch begleitet werden.

**Im Vorfeld hörte ich von anstehenden Senkungen der Semesterbeiträge. Was hat es damit auf sich?**

**A. Gayko:** Da wird sich nichts ändern. Mögliche Senkungen wären nur im Bereich der Finanzierung der Studierendenschaft möglich. Dort würde eine Beitragssenkung aber enormen Schaden anrichten, da die verfasste Studierendenschaft jede Menge Beratungsangebote anbietet, die eigentlich in der Pflicht der Universität lägen. Diese kann sich diese Beratungsangebote aber nicht leisten. Und so sind wir auf die Semesterbeiträge der Studierenden angewiesen.

**D. Sittler:** Wir sprechen hier von einem Betrag von 10 Euro für die Studierendenschaft pro Semester. Diesen solidarischen Beitrag sollten wir auch weiterhin erheben, um unsere Aufgaben im Interesse der Studierenden erfüllen zu können.

Weitere Informationen zur Arbeit des AstA auf: [www.asta.uni-potsdam.de](http://www.asta.uni-potsdam.de)

## Wohnen muss bezahlbar bleiben – auch für Studenten

Im Zusammenhang mit Meldungen zur kritischen Wohnraumsituation für Studierende in Brandenburg erklärt Peer Jürgens, der hochschulpolitische Sprecher: „Brandenburg hat die Versorgungsquote der Studierenden mit Wohnheimplätzen von 12,78 (Stand Februar 2011) auf derzeit 13,37% gesteigert. Damit liegen wir in der Spitzengruppe im Vergleich zu anderen Bundesländern. Dennoch sind weitere Verbesserungen notwendig, insbesondere in Potsdam und Wildau ist neuer Wohnraum nötig. DIE LINKE kennt die angespannte Situation für Studierende in Brandenburg und drängt seit längerem auf weitere Wohnheimplätze, um v. a. die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu ermöglichen und Studierenden aus dem Ausland rasche Kontakte an ihrem Studienort zu erleichtern.“

Gleichzeitig seien aber auch kommunale Anstrengungen notwendig, um günstigen Wohnraum zu erhalten bzw. neuen zu schaffen. Wohnen müsse auch für Studierende bezahlbar bleiben. Deshalb fordert DIE LINKE ein Bundesprogramm für sozialen Wohnungsbau.

## Neues Denkmal in Grube – wer zahlt?

Seit Jahrhunderten beeinflusst das Oberflächen- und Grundwasser im Golmer Bruch den Lebensraum der Umwelt. Das Luch ist ein natürliches Niederungsgebiet. Seit Jahrhunderten waren hier eben auch wasserbauliche Maßnahmen notwendig. So die Anlage von Meliorationsgräben. Der „Tyroler Graben“ ist ein Beispiel dafür. Aber auch Schöpfwerke. So wurde u. a. das Schöpfwerk Grube-Nattwerder 1929 erbaut. Dieses alte Bauwerk soll aber noch in diesem Jahr als Technisches Baudenkmal in die Denkmalliste eingetragen werden.

Seit 1980 ein neues Pfahlschöpfwerk gebaut wurde, ist das alte konventionelle und jetzt historische Schöpfwerk nicht mehr im Betrieb. Es soll jedoch der Nachwelt als Denkmal erhalten bleiben. Jedoch sind sehr bald einige Arbeiten zu verrichten zum Erhalt der baulichen Substanz. Das Schiefdach ist zum Beispiel schadhaft und muss repariert werden. Eine Aufgabe, der sich die Stadt Potsdam stellen muss.



## Was wir in der philosophischen Herbstakademie lernten

Was wir in der philosophischen Herbstakademie bisher lernten, sind viele philosophische Inhalte, aber auch angenehme Debatten, welche insbesondere junge Menschen und auch viele Nicht-Parteimitglieder angezogen hat. Ging es bei Platon sehr stark um die Frage, wie wir einen idealen Staat uns vorstellen, und es wurde klar, dass seine Konzeption des Staates letztlich doch hierarchisch und elitär ist. Jedoch stärkt die Beschäftigung mit Platon das utopische Denken, was wichtig ist für linke Politik.

Bei Aristoteles war die Frage der Gerechtigkeit im Fokus. Seiner Auffassung nach ergänzen sich Gleichheit und proportionale Gerechtigkeit. Die eminent politische Frage ist hierbei, in welchen Feldern Gleichheit und wo eine beitrags- bzw. leistungsorientierte Gerechtigkeit gelten muss. Die aristotelische Kritik an der Tyrannei aber ist noch heute wertvoll für die Kritik unfreier Staaten.

Schon bei Aristoteles gab es die Kritik des Zinses als einem „unnatürlichen Erwerbsstreben“, einem Streben nach Reichtum im Gegensatz zu einer bedürfnisorientierten Wirtschaft, welche auch Marx im „Kapital“ anführte. Mit der Unterscheidung von „Tauschwert“ und „Gebrauchswert“ schuf schon Aristoteles eine der zentralen Grundlagen der politischen Ökonomie.

Von Epikur ließ sich lernen, dass eine Politiksepsis aus einem privaten Glücksstreben heraus die Grundlagen dessen selbst untergräbt. Wenn jeder an die Politik denkt, denkt keiner an das Gemeinwesen. Jedoch bedarf es kollektiver Regeln und Institutionen, um individuelles Glück erringen zu können. Dabei ist seine Kritik, dass es in der Politik (und in der Wirtschaft) zu sehr um Neid und Habgier geht, in Teilen durchaus gerechtfertigt. Eine dialektische Synthese der Philosophie Epikurs für die politische Linke bestünde in folgendem: Linke Politik muss in sich so angenehm sein, dass Freundschaften, eines der zentralen Ziele Epikurs, immer wahrscheinlicher werden.

In jedem Fall werden wir noch weitere spannende Erkenntnisse in der philosophischen Herbstakademie haben und freuen uns auf zahlreiche Besucherinnen und Besucher.

## Lindstedter Straße – moderate Lösung soll gefunden werden

Die Lindstedter Straße gibt es seit mehr als 80 Jahren. Sie verfügt über eine nur notdürftig befestigte Fahrbahn und auf ganzer Länge über einen befestigten Gehweg. Seit Jahren erfolgloser Prüfungen in den Niederungen der Verwaltung hat sich jetzt der Ortsbeirat Eiche erneut des Problems der Anwohner angenommen, die über Staub im Sommer, Schlamm im Herbst und Buckelpisten im Winter klagen. Man will am liebsten eine einfache, preiswerte Asphaltstraße mit einseitigem Gehweg und ein paar Stellmöglichkeiten für KFZ am Rand. Eigentlich kein außergewöhnlicher Anspruch in Potsdam im Jahre 2012. Auch im Ortsteil Eiche sind inzwischen fast alle Straßen asphaltiert oder gepflastert. Worin besteht das Problem? Mitarbeiter der Stadtverwaltung erklären, dass die Ableitung des Regenwassers von der Fahrbahn dieser Straße nicht lösbar sei, weil die umliegenden Rohrsysteme bis hin zur Feldflur keinerlei zusätzliches Wasser aufnehmen könnten. Das erzürnt die Anlieger der Lindstedter Straße. Warum konnte das gesamte Neubau-

gebiet des Alten Rades für mehr als 2.000 Bewohner 1993 entwässert werden, warum kann das Neubauvorhaben Ehemalige Kaserne für ca. 1.000 Bewohner erschlossen werden, aber die kleine Lindstedter Straße nicht? Das konnte der Ortsbeirat nicht klären. Warum weigert sich die Verwaltung, flankiert von einzelnen grünen und linken Abgeordneten, den Bürgern in der Lindstedter Straße zu bestätigen, dass dort keine Straßenbahn gebaut wird? Jeder, der mal die Straße gesehen hat, kann erkennen, dass kein Platz für eine Straßenbahntrasse da ist. Das ist auch bei der Machbarkeitsstudie aufgefallen, dass hier nur mit gewaltigen Konflikten eine Trasse herstellbar wäre, die aber keine positive Bilanz hat. Nach einem Jahr Erörterung hat darum der Ortsbeirat einstimmig beschlossen, keine Straßenbahn quer durch die innere Ortslage Eiche zuzulassen. Nun soll aber ein Weg zur Befestigung der Straße in ortsüblicher Bauweise gefunden werden! Uns wurde jetzt empfohlen zu prüfen, ob die Anlieger die Straße in Eigenregie ohne die Stadt bauen

lassen. Ich meine als Ortsvorsteher, dass hier eine moderate Lösung gefunden werden sollte. Ein Kosten sparender Ausbau der Fahrbahn neben dem Gehweg mit teilweiser Versickerung und Vorbereitung von Regenwasseranschlüssen für spätere Weiterleitung in Richtung Siedlungsweg und Baumschulungsweg sollte zu finden sein!

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

## Jetzt Volksbegehren unterschreiben!

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Umwelt der Partei DIE LINKE ruft alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg dazu auf, sich aktiv am derzeit laufenden Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am BER in Schönefeld „Für eine Änderung des § 19 Absatz 11 des Landesentwicklungsprogramms zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)!“ zu beteiligen und sich in die Unterschriftenlisten in den jeweiligen Ämtern einzutragen oder die Möglichkeit der Briefwahl zu nutzen.

„Die Partei DIE LINKE hat in den letzten Jahren viele Volksinitiativen und auch Volksbegehren aktiv unterstützt, die Verbesserung der jetzigen Gesetzgebung (Verlängerung der Auslegung der Listen, Möglichkeit der Briefwahl) ist ein Ergebnis linker Politik. Das Flughafenprojekt BER ist so nicht von der PDS, dann der LINKEN nicht gewollt gewesen, umso mehr ist es jetzt notwendig hier die schlimmsten Auswirkungen zu korrigieren“, so Norbert Wilke, Landessprecher der LAG. Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsschädigendem Lärm, insbesondere in der Nacht, war und ist fester Bestandteil linker Politik. Dies wurde so auch im gemeinsamen Koalitionsvertrag zwischen SPD und LINKEN vom Herbst 2009 festgeschrieben: „Es bleibt eine wichtige Aufgabe der Koalition und aller drei Gesellschafter des Flughafen Berlin-Schönefeld, den BBI so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten und effektiven aktiven und passiven Lärmschutz zu gewährleisten.“ Weiterhin setzt sich die LAG Umwelt für eine engere Kooperation mit dem Flughafen Leipzig-Schkeuditz ein, der bereits jetzt in der Lage wäre Flugkapazitäten zu übernehmen.

Die LINKE hat auf ihrem Parteitag im Oktober vergangenen Jahres in Erfurt ein neues Parteiprogramm beschlossen. Hierin wird die Verlagerung des innerdeutschen Flugverkehrs auf die Schiene gefordert, der innereuropäische Flugverkehr soll begrenzt werden. Weitere Informationen zum Nachtflugverbot: [www.nachtflugverbot-ber.de](http://www.nachtflugverbot-ber.de)



## Gesünder, sauberer und mobiler für Potsdam

Die Landeshauptstadt Potsdam betreibt seit dem 17. April 2012 ein in Deutschland einmaliges System zur Reduzierung des Schadstoffgehalts der Luft. Mit der Umweltorientierten Verkehrssteuerung sollen Grenzwertüberschreitungen bei Stickstoffdioxid und Feinstaub verhindert werden. Diese Grenzwerte wurden von der Europäischen Union zum Schutz der menschlichen Gesundheit und Umwelt erlassen. In Bundesgesetzen ist festgelegt, welche Maßnahmen zur Überwachung der Luft, zur Verbesserung ihrer Qualität und zur Verringerung von Schadstoffen zu ergreifen sind. In Potsdam wird diese gesetzliche Verpflichtung im Rahmen dieses Projektes umgesetzt.

Die Umweltorientierte Verkehrssteuerung orientiert sich an der aktuellen Schadstoffbelastung der Luft: Das bedeutet: Steigt der Stickstoffdioxidgehalt über bestimmte Werte, dann werden die „Pfortner“-Ampeln an den besonders schadstoffbelasteten Straßen anders geschaltet und der Verkehr in der Stadt verflüssigt. Gleichzeitig wird die Zufahrt weiterer Autos in die Stadt reguliert. So wird das Verkehrsaufkommen in bewohnten Stadtteilen gesenkt.

An vielen Stellen konnte festgestellt werden, dass die Qualität der Potsdamer Luft besser wird. Dennoch gibt es aber nach wie vor Problemzonen. So werden in der Behlert-, in der Breiten-, in der Großbeeren- und in der Zeppelinstraße bei den Feinstaub- und Stickstoffdioxidmessung immer wieder erhöhte Werte festgestellt.

(Quelle: [www.mobil-potsdam.de](http://www.mobil-potsdam.de))



## „Fragend schreiten wir voran“

Im Gespräch: Der brandenburgische Finanzminister, Helmuth Markov (DIE LINKE)

**Wie definierst du linke Finanzpolitik? Wie muss sie aussehen, damit sie ein linkes Gesicht bekommt? Und wie schätzt du ein, ist es dir bis dato gelungen, LINKE Akzente in der Finanzpolitik zu setzen?**

Ob es wirklich eine linke Finanzpolitik gibt, ziehe ich in Zweifel. Linke Akzente haben wir in unserer Haushaltspolitik gesetzt: das Vergabegesetz für öffentliche Aufträge mit einer Lohnuntergrenze, mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen, mehr Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, das Schüler-BaföG. Wir haben Bildung als oberste Priorität gesetzt und das zahlt sich inzwischen auch praktisch aus. Haushaltspolitik unter den Bedingungen zurückgehender finanzieller Mittel wollten wir mit sozialem Augenmaß gestalten, das ist uns meines Erachtens gelungen.

**In welchen Bereichen wird es im Doppelhaushalt 2013/2014 Kürzungen geben? Wird an der Bildung in Brandenburg gespart? Wie sieht es beim öffentlichen Dienst aus?**

Ganz im Gegenteil. Wir haben den Bildungsetat von 446,5 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 464,1 Millionen Euro im Jahr 2013 erhöht. In dieser Wahlperiode gab es in jedem Jahr Steigerungen im Bildungsbereich, insgesamt um 117 Millionen Euro. Der öffentliche Dienst wird von uns weiter entwickelt. Erstmals seit vielen Jahren wurde unter Rot-Rot wieder begonnen, junge Menschen für die Verwaltung auszubilden. Erstmals wieder gibt es Neueinstellungen, gerade im Bildungsbereich. Wir fördern den Nachwuchs und bilden junge Spezialistinnen und Spezialisten heran. Das ist eine enorme Leistung, die mit großer Kraftanstrengung vollbracht worden ist. Dennoch wissen wir, dass wir angesichts des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs auch die Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst anpassen müssen. Das tun wir aber so, wie von Anfang an versprochen – ohne betriebsbedingte Kündigungen.

**Mit „Wir verändern – gerecht - solidarisch – nachhaltig“ ist der Landesverband der LINKEN wieder in eine Leitbilddebatte getreten. Welche Beiträge kann man hier von dem Minister Dr. Markov erwarten?**

Ich bringe mich in die Diskussion ein.

Ich möchte, dass wir ein Leitbild entwickeln, das Brandenburg lebenswert macht, das Abwanderung aufhält und junge Menschen anzieht. Dazu gehört es auch, dafür zu sorgen, den künftigen Generationen nicht riesige Schuldenberge zu hinterlassen. Insofern stehe ich weiterhin für eine sparsame Haushaltspolitik.

**Ein Dauerthema sind die Kommunal Finanzen. Was hat sich denn auf diesem Gebiet getan, seitdem du der „Herr des Geldes“ bist?**

Die Landesregierung kennt die schwierige finanzielle Lage, in der sich ein Teil der

wollten Entscheidungen der rot-roten Landesregierung. In Thüringen mit der CDU an der Regierungsspitze werden angesichts weniger werdender Mittel die Zuweisungen an die Kommunen gekürzt.

**Manches wurde unter Rot-Rot nur mit wesentlichen „Zutaten“ von Links erreicht. Wenn auch nicht alles. Aber dieses Schicksal haben andersfarbige Koalitionsregierungen auch. Offenbar hat DIE LINKE jedoch ein Problem ihre Erfolge und ihre erreichten Wahlziele in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Wie ist dein Empfinden?**

Alle bisherigen Umfragen zeigten, dass die Mehrzahl der Menschen im Land zufrieden ist mit der rot-roten Landesregierung. Das ist natürlich kein Ruhekiten. Man sieht daran jedoch, dass wir durchaus Rückhalt für unsere Politik erhalten. Vielleicht sollten wir in der Partei selbst eine noch positivere Stimmung entwickeln, um offensiver für Rot-Rot zu werben?

**Beschreibe uns das Klima der Zusammenarbeit mit deinen Amtskollegen der anderen Länder und im Bund. Du bist ja immerhin der einzige Finanzminister mit Parteibuch der LINKEN.**

Die Zusammenarbeit ist gut, kollegial und von Respekt getragen. Das dort Machbare wäre sicherlich umfangreicher, gäbe es noch mehr linke Ministerinnen und Minister, denn letztlich

geht es bei den Bund-Länder-Kooperationen immer um demokratische Entscheidungen, um Mehrheiten.

**In Zeiten der Euro-Krise abschließend diese Frage an dich: Wie bewertest du das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.09.2012 zum ESM? Hat dieses Urteil auch unmittelbare Folgen für Brandenburg?**

Wir haben unsere Kritik am ESM überall klar und deutlich artikuliert. Wir haben ihm im Bundesrat nicht zugestimmt. Aber ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts habe ich als Demokrat und als demokratischer Sozialist zu respektieren, und das tue ich auch. Was Recht ist, muss ja nicht zugleich auch immer gut und richtig sein.

Das Gespräch führte  
René Lindenau, Cottbus



## Die ROT-ROTE KOALITION ist gut für Brandenburg

Die Meinungsumfrage von Infratest dimap für Brandenburg „widerspiegelt“, so Fraktionsvorsitzender Christian Görke „sehr konstante politische Verhältnisse in Brandenburg. Der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für die Politik der Koalition ist genauso stabil wie der Zuspruch für die LINKE.“. Insgesamt sei dies eine gute Ausgangssituation, um in der Koalition noch deutlicher Akzente für eine sozial gerechte Politik in Brandenburg und darüber hinaus zusetzen, so Görke weiter.

„Die Umfragewerte sind zugleich ein sehr guter Start für unseren neuen Fraktionsvorsitzenden und Rückenwind für die gemeinsame Arbeit in der Fraktion. Mit den Schwerpunkten: Gute Arbeit - starke Wirtschaft, gute Bildung für alle, gute gesundheitliche Versorgung und gute Lebensbedingungen für Kinder“, ergänzte der Landesvorsitzende Stefan Ludwig.

Ludwig hat in einer ersten Reaktion auf den SPD-Landesparteitag Matthias Platzeck zu seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender gratuliert und sich für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit ausgesprochen. Ludwig widersprach Platzeck jedoch in dessen Meinung, dass die SPD allein gut sei für Brandenburg. „Erst in der Koalition mit den LINKEN ist es gelungen, u. a. Mindestlohn und Vergabegesetz, kleinere KITA-Gruppen und über 1.000 neue Lehrer/innen für Brandenburger Schulen und im Bundesrat z. B. eine Frauenquote und einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn auf den Weg zu bringen“, so Ludwig. „Gut für Brandenburg wird es auch sein, gemeinsam bundespolitisch die Rentenangleichung West/Ost und die Abschaffung der Rente mit 67 zu thematisieren.“

## Potsdamer Schulen präsentieren sich künftigen Schülern

Die weiterführenden Schulen der Landeshauptstadt Potsdam werden in den kommenden Wochen zahlreich bei „Tagen der offenen Tür“ Einblicke ins Schulleben sowie Schnupperstunden für Grundschüler anbieten. Ziel ist es, dass sich Eltern und Schüler, die im kommenden Jahr in die Sekundarstufe I (7. bis 10. Klasse) wechseln, sich umfangreich über das Angebot der Einrichtungen informieren können. Das neue Schuljahr 2013/14 beginnt am 5. August 2013, bereits im Februar müssen sich Eltern und Schüler der sechsten Klassen im sogenannten Ü7-Verfahren für eine neue Schule entscheiden. Das Anmeldeverfahren für die Sekundarstufe I beginnt am Freitag, den 1. Februar 2013, mit der Ausgabe der Grundschulgutachten und der Anmeldeformulare. Bis Mittwoch, den 13. Februar, sind die Unterlagen ausgefüllt in den Grundschulen abzugeben.

In der Landeshauptstadt Potsdam stehen an staatlichen Schulen nach der Grundschule drei Schulformen zur Auswahl: die Oberschule mit einem Abschluss nach der zehnten Klasse und dem möglichen Übergang zum Abitur an einer der beiden anderen Schulformen, die Gesamtschulen mit dem Abitur Ende der 13. Klasse und die Gymnasien mit dem Abitur Ende der 12. Klasse. Derzeit lernen insgesamt etwa 9.300 Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen in der Landeshauptstadt Potsdam.

Tag der offenen Tür im November: Samstag, 10. November 2012

Ab 9.30 Uhr: Sportschule Friedrich Ludwig Jahn (55), Potsdam-West, Zeppelinstraße 114-117. Die Schule hat besondere Aufnahmebedingungen, u.a. die Empfehlung eines Sportlandesverbandes, [www.sportschule-potsdam.de](http://www.sportschule-potsdam.de)

(Termine für andere Schulen für Dezember/Januar in der nächsten Ausgabe)

## Neuer Ortsvorstand in Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld gewählt

Auf der Gesamtmitgliederversammlung im Ortsverband Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld haben sich 60 Genossinnen und Genossen u. a. einen ersten Eindruck vom designierten Direktkandidaten im Bundestagswahlkreis 61, Norbert Müller, machen können. Eine Rente über dem Grundicherungsbedarf, ein soziales Wohnungsbauprogramm auf Bundesebene waren nur zwei der diskutierten Themen, die Norbert als Schwerpunkte aufmachte. Begeistert zeigten sich die Genossinnen und Genossen vom designierten Kandidaten, der als junger Genosse ihre Zustimmung und Unterstützung fand, die sie ihm ab dem 16.12.2012 für den Ortsverband zusicherten.

Bestätigt wurde der bisherige Ortsverbandsvorsitzende, Klaus Mohrholz-Wensauer, vom neu gewählten Ortsvorstand, der eine gute Mischung



## Debatte zum Bundestagswahlprogramm

DIE LINKE wird sich bis Juni 2013 ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl geben. Im Vorfeld wollen wir mit allen – ob Mitglieder der Partei, Bündnispartner, Sympathisantinnen und Sympathisanten oder interessierte Bürgerinnen und Bürger – eine intensive Debatte über die wesentlichen Punkte unseres Wahlprogramms führen. Zum einen wollen wir wissen, »wo der Schuh drückt«, welche Probleme der Menschen DIE LINKE in den nächsten Jahren im Bundestag unbedingt verfolgen und lösen muss. Zum anderen wollen wir eine breite Beteiligung organisieren. Unser Ziel ist es, mit Hilfe ganz vieler Meinungen und Anregungen das beste Wahlprogramm aller Parteien zu schreiben. Bei der Bundestagswahl 2013 wird es um eine Richtungsentscheidung gehen. Für diese Auseinandersetzung benötigen wir den Rat und die Unterstützung vieler Menschen. Für uns steht fest: Wir wollen einen anderen Weg gehen – einen Richtungs- und Politikwechsel vorbereiten, mit allen, die dazu bereit sind. Gerechtigkeit – darum geht es uns. Eine gerechte Gesellschaft ist für alle besser!

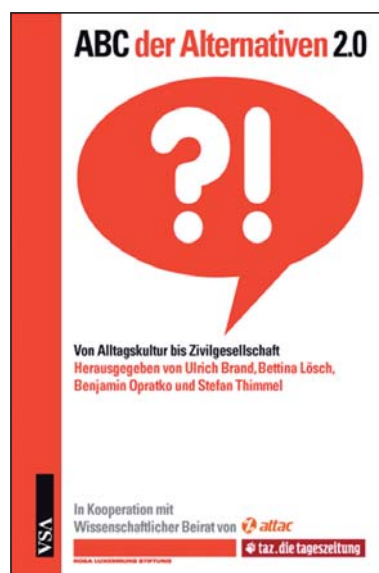
aus alten und jungen Genossinnen und Genossen ist. Weiter gehören dem Vorstand an: Kati Biesecke (Drewitz), Andreas Frank (Am Stern), Andrea Grunert (Kirchsteigfeld), Petra Pannicke (Am Stern), Hans-Dieter Plumbaum (Am Stern), Dieter Scharlock (Am Stern) und Jana Schulze (Kirchsteigfeld).

## Ortsvorstand Nördliche Ortsteile

Am 16.10.12 fand die Wahl des neuen Vorstandes des OV Nördliche Ortsteile statt. Zum Ortsverbandsvorsitzenden wurde Jan Hanisch wieder gewählt. Stellvertreter wurden Hildegard Reichert und Raico Rummel. Der Ortsvorstand bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

## Buchrezension „ABC der Alternativen 2.0“

Das Buch „ABC der Alternativen 2.0“, welches den Untertitel „Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft“ trägt und wissenschaftliche Beirat von Attac in Kooperation mit der Tageszeitung (Taz) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegeben hat, ist ein wichtiges Werk zur Selbstverständigung der politischen Linken. Das Buch beschreibt die diversen politischen Ansätze der Linken auf jeweils 2 Seiten und eröffnet damit einen Blick für die Breite, aber eben auch die Widersprüchlichkeit verschiedenster linker Ansätze. Denn insgesamt ergibt dies 160 Artikel, die auf 336 anspruchsvollen, aber trotzdem lesbaren Seiten zusammengefasst sind. Das Themenspektrum ist sehr verschieden. Linke Klassiker wie Kapitalismuskritik, Kommunismus und Sozialismus werden genauso behandelt wie Themen der neuen sozialen Bewegungen wie Fe-



minismus und Freiheit, aber auch neue politische Diskurse wie jener über kritisches Weißsein (critical whiteness) oder Deglobalisierung.

Bei der Lektüre des Buches fällt einem Folgendes ins Auge: Vieles von dem ist sehr spannend und in sich inhaltlich stringent. Jedoch die schiere Zahl an Ansätzen eröffnet einen Blick darauf, wie vielfältig die politische Linke ist und wie schwierig dementsprechend eine inhaltlich geschlossene linke Partei ist. Auffällig ist, wie oft gerade bei Ansätzen der radikalen Linken auf der gesellschaftlichen Konstruktion bestimmter Sachverhalte wie Geschlecht oder Hautfarbe bestanden wird. Diese Theorien sind intellektuell sehr reizvoll, jedoch so gut wie nicht vermittelbar und sorgen leider allzu häufig auch für eine Selbstbeschäftigung der politischen Linken.

Sehr lesenswert sind aber unter anderem die zwei unterschiedlichen Artikel zum bedingungslosen Grundeinkommen. Überhaupt besteht darin die Stärke des Buches: Dass es tatsächlich, auch durch viele Querverweise, zu einem Austausch zwischen den verschiedenen politischen Ansätzen führt. Wer gerne über den Tellerrand hinausdenkt und die politische Linke gern in ihrer ganzen Komplexität erfassen, aber auch einfach mal etwas anderes als den bürgerlichen mainstream lesen will, dem sei dieses Buch sehr empfohlen.

Moritz Kirchner  
Beauftragter für politische Bildung  
des Kreisvorstandes

„ABC der Alternativen 2.0“  
VSA Verlag  
9783899655001



## Denkmal für den unbekanntenen Deserteur

Das Denkmal wurde 1989 auf Betreiben des „Bonner Friedensplenums“ von dem damals in Berlin lebenden, heute in sein Heimatland zurückgekehrten türkischen Bildhauer Mehmet Aksoy erschaffen. Eine Marmorskulptur als „Denkmal für den unbekanntenen Deserteur“.

Die beantragte Aufstellung in Bonn scheiterte an den damaligen Mehrheitsverhältnissen im Bonner Stadtparlament. Mit gerichtlicher Hilfe konnte nur die Enthüllung für eine Stunde und auf einem Tieflader durchgesetzt werden. Das Denkmal fand zunächst an verschiedenen Orten in Bonn Asyl.

Das Denkmal wurde am 2. Oktober 1990 in Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis Militärdiensttotalverweigerer in Potsdam errichtet. In den vier Marmorblöcken, die insgesamt zwölf Tonnen schwer sind, wurde das Negativ eines Mannes dargestellt. Das Fehlen dieser Person thematisiert die Angst vor den Toten. Es würdigt die 22.000 Soldaten die sich während des Nationalsozialismus von der Armee absetzten und deswegen zum Tode verurteilt wurden. Sein eigentlicher Standort war der Bonner Friedensplatz, doch wurde dort die Aufstellung nicht genehmigt, und so wurde das Denkmal 1990 nach Potsdam umplatziert. Bei der Einweihung waren ca. 1200 Befürworter der Deserteure anwesend. Aber auch Gegner, die die Deserteure als „Vaterlandsverräter“, „Feiglinge“ oder „Kameradenschweine“ beschimpften. Die Kosten für dieses Denkmal wurden im wesentlichen durch Spenden aufgebracht. Geplant wurde erstmal ein sechsmonatiger Aufenthalt, doch zögerten sich die Diskussionen bis zum Beschluss, das Denkmal in

Potsdam stehen zu lassen, heraus. Im Rahmen der Umgestaltung des Platzes der Einheit aus Anlass der Bundesgartenschau 2001 hat das Denkmal einen zentralen Platz im landschaftsgestalterischen Konzept erhalten.

Im Laufe der Zeit gab es Verschmutzungen und andere Sachbeschädigungen am Denkmal. Die Stadt Potsdam verpflichtete sich zur Instandhaltung des Denkmals und müsste für die Reparaturkosten aufkommen.

Das Denkmal stellt die Stadtverwaltung jedoch vor Probleme. Die für den Schutz des Denkmals vor Witterungseinflüssen, vor allem im Winter, geplanten Maßnahmen stoßen auf grundsätzliche Schwierigkeiten

bei der Umsetzbarkeit und Finanzierung. Das teilte die Stadtverwaltung auf eine Anfrage der Fraktion Die Andere mit. Genaue Zahlen, wie teuer der Schutz des Denkmals werden könnte, nannte die Stadt aber nicht. Der Streit um die Skulptur währt schon länger: Erst hatte die Verwaltung das Denkmal im Winter 2010 unter Holzplatten verschwinden lassen, um es besser gegen die Witterung zu schützen. Dagegen hatten DIE LINKE und Vertreter von Opferverbänden protestiert und gefordert, dass das Denkmal ganzjährig öffentlich sichtbar bleibt. Schließlich hatten sogar die Stadtverordneten beschlossen, das Denkmal nicht mehr einzuhausen und eine neue Lösung zu suchen.



## Es gibt Wichtigeres als die Garnisonkirche

Die Beiträge von Herrn Dobberke in der Juniarausgabe dieser Zeitung (ANTIFA-Seite 10, d. Red.) haben sicher nicht bloß mich bewegt. Auch das Schicksal meiner Familie väterlicherseits ist geprägt von den Schrecken und der Verzweiflung in den Flüchtlingszügen, die massenhaft durch Dresden geleitet wurden. Meine Großmutter vergaß nie ihre Ängste die sie ausstand um die Kinder vor dem Auseinandergerissenwerden, das Herumirren, Verstecken, Hungern. Kleine Kinder waren nach jener grauenvollen Nacht des Luftangriffs plötzlich erwachsen, der Unbeschwertheit für immer beraubt. Potsdam wurde gleichfalls durch angloamerikanische Bomber zerstört. Wir wurden gelehrt, den Krieg zu hassen!

Nun lässt man jene Zeiten architektonisch wieder auferstehen. Darum meine Mahnung: Diesmal darf kein Bewohner dieser Stadt behaupten, er habe nichts gehaut! Wer es duldet, wird mit hineingezogen. Wir schauen zu, wie sich das helle, moderne Potsdam in ein düster zugebautes Preu-

ßenmuseum verwandelt. Für das aus dem Boden gestampfte Regierungsschloss „verschwenkt“ man nicht nur den Standpunkt, sondern eine ganze Infrastruktur. Die Fanatiker der „neuen Mitte“ nehmen weder Rücksicht auf die gewachsene touristenfreundliche Symbiose von Interhotel, Theaterschiff und Weißer Flotte noch auf unschuldige Staudenhofbewohner. Dieser Geist steht für nichts Neues und ist von Mitte weit entfernt. Er zeigt sich beim Streit um die ehemalige „Hof- und Garnisonkirche“, die als Gotteshaus durch den „Tag von Potsdam“ 1933 entweiht wurde. Preußische Tugend verraten vom Ungeist der Knechtung und Gewalt. Höre ich das Lied „Üb immer Treu und Redlichkeit“, frage ich mich, wer da von Gottes Wegen abwich. Wenn wir es beherzigen, sollten wir prüfen „wes Lied sie singen“, die Großen und Einflussreichen. Wichtig wäre eine eindeutige, ungeschönte Haltung des Bischofs Huber beim Verhandeln um den ehemaligen Offizierstempel. Die antifaschistische Werte-

erziehung in der DDR, die auch den Widerstand des 20. Juli beinhaltet, hat er als gebildeter Mitmensch einfach anzuerkennen, genauso wie die militaristische Belastung dieser historischen Stätte, von der auch heute – trotz des Titels – keinerlei Reue oder Versöhnung ausgeht. Mein Vorschlag: Mögen sowohl die christliche Gemeinde als auch die Bürger abstimmen, wer diese Kirche tatsächlich will und mit wessen Geld. Damit wäre die Angelegenheit erledigt, wenn... Volkswille entscheiden dürfte. Die Macht, die hier im Spiel ist, muss mit der Mündigkeit des Zeitgenossen rechnen. Aus der Vergangenheit haben wir gelernt und sind nur solange „brav“, wie man gut zu uns ist. Aus den jüngsten Ereignissen wie der Abstimmung für die Schwimmhalle am Brauhausberg, der Auseinandersetzung um die Kunsthalle sowie der Demo für vernünftige Mieten kann man das Stimmungsbarometer der Potsdamer Bevölkerung ablesen: Es gibt Wichtigeres als die Garnisonkirche.

M. Hamann, Potsdam

## Garnisonkirche – Verkettung dreier Kreuze

„Um Gottes Willen“ - diese Wendung taucht gleich im ersten Absatz des Buches von Frank Baier auf, wenn er Wahlergebnisse der NSDAP von 1933 mit denen der CDU von 1984 in Iserlohn vergleicht – der Stadt, in der 1984 die „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel“ gegründet wurde. Es bleibt der einzige Bezug zu Gott in seiner Streitschrift gegen den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche.

Diesbezüglich liefert der Autor auf 88 Seiten stichhaltige Begründungen in kurzen, präzisen Sätzen.

Der Wert seiner Arbeit liegt dabei nicht im Liefern neuer historischer Fakten, sondern in der systematischen Zusammenstellung und Konzentration der wichtigsten Argumente gegen den Wiederaufbau. Er spannt dabei den Bogen von der Militärgeschichte Preußens und des Deutschen Reiches bis zum heutigen Zeitgeist und bettet den geplanten Wiederaufbau in einen aktuellen Kontext der Remilitarisierung unserer Gesellschaft ein.

Kleinere historische Fehler in seiner Schrift sind dabei verzeihlich. Den überzeugendsten Satz gegen den Wiederaufbau liefert Baier, wenn er feststellt: Die Garnisonkirche „steht für die Verkettung dreier Kreuze: des christlichen Kreuzes mit dem Eisernen Kreuz und schließlich mit dem Hakenkreuz 1933.“ Er resümiert, dass der Wiederaufbau in Verbindung mit der Verfälschung der Geschichte der Garnisonkirche äußerst bedenklich, gar gefährlich sei.

Erinnert sei dabei an ähnliche Tendenzen in der Weimarer Republik, als eine Gesetzesvorlage im Reichstag 1925 vorsah, das Tragen der alten Uniformen wieder zu gestatten. Der Abgeordnete Kuhnt (SPD) wies bereits damals darauf hin, dass dies „den Geist von Potsdam, den Geist der Überhebung“ wieder aufleben ließe. Der geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche in Potsdam zeigt, dass diese Gefahr heute so aktuell wie damals ist.

Befürworter des Aufbaus wird Baier nicht umstimmen. Gegnern und Unentschlossenen hingegen, denen die Werte Antimilitarismus und Antifaschismus etwas bedeuten, sei Frank Baiers Werk ans Herz gelegt.

–c.w.

(Dr. Frank Baier „Die Garnisonkirche braucht niemand“ ISBN 978-3-360-02071-0, 96 Seiten, Preis 5,95 €)

## Fünf Weihnachtsmärkte in der Landeshauptstadt



**Böhmischer Weihnachtsmarkt auf dem Weberplatz in Babelsberg** (30. November - 2. Dezember 2012)

Mitten im historischen Weberviertel aus der Zeit Friedrichs II. präsentieren an diesem Wochenende Handwerker und Händler, Künstler und Gastwirte böhmische Tradition.

**Holländisches Sinterklaas-Fest im Holländischen Viertel** (8. - 9. Dezember 2012)

Ein holländischer Traditionsmarkt mit Sinterklaas und seinem Gefolge. Musik, Spektakel und kulinarische Spezialitäten für die ganze Familie. Jedes Jahr trifft in der Adventszeit Sinterklaas, der niederländische Nikolaus, hier ein, um besonders die Kinder zu erfreuen.

**Polnischer Sternemarkt auf dem Kutschstallhof am Neuen Markt** (14. - 16. Dezember 2012)

Erleben Sie weihnachtliche Traditionen unseres Nachbarlandes im historischen Ensemble des Kutschstallhofes am Neuen Markt: Kunsthandwerk – Kultur – Kulinarisches. Das prägende Gebäude am historischen Neuen Markt ist der ehemalige königliche Kutschpferdestall.



## Weihnachten im Thüringer Wald verbringen

**Linkes Hotel „Am Wald“ in Elgersburg lädt ein vom 23. – 27. Dezember 2012**

Die Arbeitsgemeinschaft Senioren beim Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam bereitet eine weihnachtliche Reise in das Hotel „Am Wald“ in Elgersburg, in der Nähe von Ilmenau, vor. Wo kann man Weihnachten besser erleben, als im verschneiten winterlichen schönen Thüringer Wald? Ruhe, Entspannung und erlebnisreiche Tage sind dort garantiert. Interessante Ausflüge und eine Weihnachtsfeier ganz in Familie oder mit Freunden lassen die Reise zu einem besonderen Erlebnis werden.

Zu den Höhepunkten zählen: Besuch des weihnachtlich geschmückten Weimar, Fahrt nach Oberhof und zur Schmücke, Besuch des Orgelkonzertes in der historischen Bachkirche in Arnstadt, Panoramafahrt in den westlichen Thüringer Wald. Zwischenaufenthalt auf der Rückfahrt in Erfurt mit geführtem Spaziergang.

Anmeldungen nimmt Genosse Horst Klett (0331 70 50 08) in Potsdam entgegen. Die Abfahrt des Komfort-Reisebusses erfolgt in Potsdam, Zustiegspunkte können aber auch noch, wenn an der Reiseroute gelegen, individuell abgestimmt werden.

### Sudoku

1		4			6	9	2	
				2				
		1		9	7		5	
		6		1			3	
			3	7				
	9			4		1		
7		9	8		2			
			3					
	2	8	9			6		1

5	9	3	6	1	4	8	7	2
6	1	8	9	7	2	4	5	3
7	4	2	3	5	8	9	1	6
2	5	1	4	6	7	3	8	9
9	6	4	5	8	3	1	2	7
3	8	7	1	2	9	5	6	4
8	2	9	7	4	1	6	3	5
1	3	6	2	9	5	7	4	8
4	7	5	8	3	6	2	9	1

**Auflösung Oktober**

**Blauer Lichterglanz in der historischen Innenstadt** (22. November - 27. Dezember 2012)

Weihnachtliche Stimmung in der Brandenburger Straße und auf dem Luisenplatz. Mit ca. 120 Ständen, Märchenbühne und Freiluftbahn der größte Weihnachtsmarkt im Land Brandenburg.

**Romantischer Weihnachtsmarkt auf dem Krongut bei Sanssouci** (1. - 26. Dezember 2012)

Nur 400 m vom Schloss Sanssouci entfernt, lädt das Krongut Bornstedt auch in diesem Jahr wieder zum Romantischen Weihnachtsmarkt im historischen Innenhof des UNESCO-Weltkulturerbe-Ensembles ein. In festlich beleuchteten Holzhütten bieten Händler regionale Spezialitäten, Kunsthandwerk, weihnachtliche Accessoires, saisonale Mode, duftende Leckereien und Geschenkideen an.

### tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

**Donnerstag, 01.11.2012, 18.00 Uhr:** Regionalkonferenz in Potsdam. LINKE MinisterInnen und Abgeordnete der Landtagsfraktion stehen Rede und Antwort. Zudem wird natürlich über die aktuellen politischen Entwicklungen informiert. Ort: Treffpunkt Freizeit

**Montag, 05.11.2012, 14.30 Uhr:** Im Gespräch mit dem Stadtverordneten Pete Heuer „Mallorca - Beobachtungen auf einer spanischen Insel“ und „In Potsdam zu Hause - ein neues Verkehrskonzept“ \*

**Dienstag, 06.11.2012, 14.30 Uhr:** „Historisches und Aktuelles“ mit Dr. Herbert Schlomm \*

**Dienstag, 06.11.2012, 17.00 – 12.00 Uhr:** „Transformationsprozess und Elitenwechsel in Brandenburg in den neunziger Jahren“ in der Reihe „Der Brandenburger Weg“. Ort: Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte. \*\*

**Donnerstag, 08.11.2012, 16.00 – 18.00 Uhr:** Abgeordnetensprechstunde nach der SVV mit Dr. Karin Schröter in der Geschäftsstelle der LINKEN, Dortustraße 53/Atrium

**Freitag, 09.11.2012, 10.00 – 16.00 Uhr:** „Das iranische Nuklearprogramm – zivil und/oder militärisch?“. Ort: Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte. \*\*

**Sonntag, 11.11.2012, 10.00 Uhr:** Frühschoppen „Rathausreport live“ in der Kulturscheune Marquardt, Fahrländer Straße 1 c,

**Montag, 12.11.2012, 14.30 Uhr:** „Der Gardasee“ ein Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller \*

**Dienstag, 13.11.2012, 14.30 Uhr:** „Spiel mir eine alte Melodie ...“ die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen mit Gerald Meister \*

**Dienstag, 13.11.2012, 14.30 Uhr:** „Zwischen gestern und heute“ – humorvolle und besinnliche Geschichten. Eine literarisch-musikalische Stunde

mit dem Zirkel „Zeitzeugen“ beim Seniorenbeirat der Stadt Potsdam. Ort: Seniorenclub, Alleestraße 3.

**Dienstag, 13.11.2012, 18.00 bis 20.00 Uhr:** Potsdamer Intendanten: Guido Huonder (geb. 1942) mit Claus Dobberke (Regisseur, Potsdam), Irmgard Mickisch (ehemalige Chefdramaturgin des Hans Otto Theaters, Potsdam) \*\*

**Donnerstag, 15.11.2012, 18.00 bis 20.00 Uhr:** Das Preußenbild in der DDR und in der BRD - Veranstaltungsreihe zur Rolle Preußens in der deutschen und europäischen Geschichte. \*\*

**Donnerstag, 15.11.2012, 18.00 bis 20.00 Uhr:** Europäische Herausforderung für Beschäftigungsschutz und einheitliche Mindeststandards. Eine gemeinsame Veranstaltung mit der Norbert-Fiebelkorn-Stiftung, Ort: Hessestr.18, Potsdam \*\*

**Freitag, 16.11.2012, ab 14.00 Uhr:** Info-Stände DIE LINKE in den Stadtteilen

**Sonabend, 17.11.2012, ab 10.00 Uhr:** Info-Stände DIE LINKE in den Stadtteilen

**Montag, 19.11.2012, 14.30 Uhr:** „Heitere Klassik – Ohrwürmer mit einem fröhlichen Klavier“ mit Konzertpianist Hartmut Valensek und Eva Dobrzinski-Petersein \*

**Dienstag, 20.11.2012, 18.00 bis 20.00 Uhr:** Amerika hat gewählt. Zu den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen in den USA. Mit Prof. Dr. Claus Montag (Redaktion WeltTrends, Potsdam) \*\*

**Donnerstag, 22.11.2012, 18.00 Uhr:** „Verbraucherschutz vs. Profitinteressen“ mit Ministerin Anita Tack \*\*

**Sonabend, 24.11.2012:** Kreisparteitag DIE LINKE.Potsdam im Humboldt-Gymnasium

**Montag, 26.11.2012, 14.30 Uhr:** „Eine Reise nach Äthiopien zur Wiege der Menschheit“ - eine interessante Video-Reise mit Karl Kreutz \*

**Dienstag, 27.11.2012, 14.00 Uhr:** „Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff \*

**Dienstag, 27.11.2012, 17.30 Uhr:** DIE LINKE.Potsdam trifft .. Landtagsfraktion. Der Landtags-Fraktionsvorsitzende „Christian Görke kommt!“ Ort: Geschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, Dortustr. 53.

**Dienstag, 27.11.2012, 18.00 bis 20.00 Uhr:** „Einstein und der Anfang der Welt - Die Relativitätstheorie und der Kosmos“ mit Dr. habil. Frank Baier (Diplom-Astronom, Potsdam); Moderation: Dr. Detlef Nakath \*\*

**Donnerstag, 29.11.2012, 18.00 Uhr:** „Offene Russophobie in den deutschen Medien – hat Putin das verdient?“ - Mod.: Dr. F. Schubert \*\*

\* Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonallee, Zentrum-Ost

\*\* Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53